

meist die technischen Dienstleistungszentren. Häufig entsteht Kompetenzgerangel zwischen medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und den technischen Dienstleistungszentren. Deshalb regeln die Bestimmungen die Zuständigkeiten, und zwar in der Weise, dass – wenn vorhanden – die medizinischen Einrichtungen zuständig sind. Doppelte Einrichtungen sollen vermieden werden. Wenn es in einem Ort eine medizinische Einrichtung gibt, so braucht kein Dienstleistungszentrum eingerichtet zu werden; wenn beides vorhanden ist, sollen beide Institutionen zusammenarbeiten. Private medizinische Einrichtungen dürfen keine Geburtenregulationsoperationen durchführen. Ausführlich werden die Kontrollfunktionen der jeweils übergeordneten Familienplanungsamter und -behörden behandelt.

Ein eigenes Kapitel ist den Strafen bei Verletzung der Bestimmungen gewidmet. Eine solche liegt vor, wenn beispielsweise nicht vom Staat autorisierte Personen oder Institutionen medizinische Maßnahmen durchführen, wenn nicht genehmigte Medikamente oder Hilfsmittel verwendet werden, wenn widerrechtlich Gebühren für die Dienste erhoben werden, wenn die Verwaltungen ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen oder Gesetzesverstöße nicht untersuchen oder wenn Unfälle passieren. Die Strafen reichen von Verwarnungen über Geldstrafen (bis zu 5.000 Yuan) bis zu Amtsenthebungen. Bei Straftaten werden die Betroffenen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Da es bislang kein nationales Geburtenplanungsgesetz gibt, sondern die Provinzen die Geburtenplanung selbst entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen regeln, kommt diesen Bestimmungen große Bedeutung zu. Diese stecken den organisatorischen Rahmen ab und schützen die rechtliche Position derjenigen, die der Geburtenplanung unterliegen. Die in der Verfassung festgeschriebene Pflicht zur Familienplanung wird freilich nicht angetastet. Es bedeutet jedoch einen Fortschritt, dass Frauen ein Recht auf fachgerechte Betreuung haben und Behandlungsfehler und Unregelmäßigkeiten geahndet werden können. -st-

Außenwirtschaft

16 Multilaterales Aufnahmeprotokoll für WTO-Beitritt erstellt

Auf der 16. Sitzung der Arbeitsgruppe China in der WTO, die die multilateralen Verhandlungen führt, war Anfang Juli ein Durchbruch bei den wichtigsten Positionen der WTO-Mitgliedsländer und China erreicht worden. (Siehe dazu C.a., 2001/06, Ü 24.) Auf der folgenden 17. Sitzung der Arbeitsgruppe vom 16.7. bis 20.7.01 wurden in Genf das multilaterale Aufnahmeprotokoll, sein Anhang sowie der Bericht der Arbeitsgruppe China abgeschlossen. Long Yongtu, Chefunterhändler der chinesischen Regierung bei der WTO, kündigte an, dass damit die Voraussetzungen für die endgültige Genehmigung der Dokumente auf der 18. Sitzung der Arbeitsgruppe im September geschaffen seien. Die Dokumente mit einem Umfang von mehr als 1.000 Seiten werden nun Long zufolge von der chinesischen Delegation mit nach China genommen, um hier mit den Vorbereitungen für die Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen zu beginnen.

Auch Pierre-Louis Girard, Vorsitzender der Arbeitsgruppe bei der WTO und WTO-Vertreter der Schweiz, bestätigte, dass die Arbeitsgruppe nahezu alle Einzelbereiche im Aufnahmepaket abschließen konnte. Das WTO-Sekretariat werde bald den überarbeiteten Entwurf des Berichts der Arbeitsgruppe sowie das Aufnahmeprotokoll nebst dem Anhang vorlegen. Girard geht davon aus, dass auf der Ministerkonferenz der WTO im November eine Entscheidung über die Aufnahme Chinas erfolgen wird. Nach Einschätzung von EU-Vertretern wird allerdings der Beitritt erst Anfang nächsten Jahres erfolgen können, da nach der WTO-Ministerkonferenz im November noch viele Formalitäten zu erledigen sind.

Gegensätze zwischen den Positionen der EU und den USA über die Liberalisierung im Versicherungssektor haben die Verhandlungen in den letzten Wochen belastet. Es geht dabei um ei-

ne Zusicherung der chinesischen Seite in den bilateralen Verhandlungen mit den USA, dass für die US-Versicherungsgesellschaft AIG eine Ausnahmeregelung nach dem WTO-Beitritt gelten soll. Während nämlich für neue Lebensversicherungsgeschäfte ausländischer Gesellschaften ein 50%iges Joint Venture mit einem chinesischen Partner als Bedingung gilt, soll die AIG ihre vier 100%igen Tochtergesellschaften in China behalten und weitere Niederlassungen gründen dürfen. Die EU sieht darin jedoch eine Verzerrung der Wettbewerbssituation zugunsten von AIG. Dagegen argumentieren die US-Vertreter, dass die AIG bestraft würde, wenn für sie dieselben Bedingungen gelten, da nämlich die anderen ausländischen Versicherer bereits chinesische Partner hätten.

Konkurrierende Positionen der EU und der USA hinsichtlich der Liberalisierung des chinesischen Marktes finden sich auch in anderen Bereichen. So gibt es beispielsweise Verständnis bei der EU, den Kfz-Sektor langsamer zu liberalisieren – wohl auch mit Blick auf die großen Investitionen von EU-Unternehmen wie VW. Bei den Mobilfunktelefonen würden die USA dagegen eine langsamere Marktöffnung wünschen, um den US-Firmen Zeit für eine Anpassung zu lassen. Auch bei den Agrarsubventionen gibt es unterschiedliche Meinungen. So akzeptiert die EU Agrarsubventionen, die USA lehnen sie dagegen ab. Während die USA in ihren Verhandlungen mit China auf die Reduzierung von Zöllen auf Alkoholika drängten, berücksichtigten sie jedoch nicht die EU-Produkte wie Whisky und Cognac.

Die Verhandlungen mit Mexiko waren Ende Juli zwar noch nicht abgeschlossen, allerdings wurden bilaterale Gespräche auf das Ende des Monats datiert. Mexiko verlangt eine Garantie von 13 Jahren, vor Dumping chinesischer Produkte geschützt zu sein. Diese Garantie ist die chinesische Regierung jedoch nur bereit, für einen Zeitraum von fünf Jahren zu geben. Allerdings soll Mexiko angekündigt haben, dass es sich einem Beitritt Chinas im September nicht widersetzen würde. (SCMP, 4., 19.7.01; XNA, 5., 8., 22.7.01; NZZ, 17., 18.7.01; FT, 21.7.01; AWSJ, 19.7.01) -schü-

17 Noch keine Lösung für Handelskonflikt zwischen Japan und China

Während der bilateralen Verhandlungen zwischen Japan und China Anfang Juli d.J. gab es keine Annäherung der Positionen beider Länder in dem seit April dauernden Handelskonflikt. Nachdem die japanische Seite Ende April bei drei chinesischen Agrarprodukten Strafzölle zum Schutz des eigenen Marktes erhoben hatte, legte die chinesische Regierung im Gegenzug Ende Juni Strafzölle von 100% für den Import von Kfz, Mobilfunktelefonen und Klimageräte aus Japan fest.

Die Verhandlungsdelegationen beider Länder waren jeweils sehr umfangreich und weisen auf die Bedeutung des Konflikts für beide Seiten hin. Guo Li, Direktor der Abteilung für Außenhandel beim Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (MOFTEC), leitete die chinesische Delegation von 23 Vertretern aus vier Ministerien. Neben dem MOFTEC war das Außenministerium, das Finanz- und das Landwirtschaftsministerium sowie die Staatliche Verwaltung für Qualitätsüberwachung und Quarantäne vertreten. Die japanische Delegation wurde von Tanaka Hitoshi, Direktor des Amtes für Wirtschaftsangelegenheiten beim Außenministerium, geleitet und bestand aus 25 hochrangigen Beamten. Neben Vertretern des Außenministeriums waren Beamte aus dem Finanzministerium sowie aus den Ministerien für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischzucht sowie dem Ministerium für Internationalen Handel und Industrie an den Verhandlungen beteiligt.

Die Beendigung der Verhandlungsrunde ohne konkrete Ergebnisse begründete die japanische Botschaft in China damit, dass keine Seite Zugeständnisse machen wollte. Allerdings wurde eine neue Verhandlungsrunde von den Delegationen beschlossen.

Der Handelsdisput betrifft mit rd. 83 Mio. US\$ nur einen relativ geringen Anteil des Handels beider Länder und hat demnach auf die Gesamtentwicklung des bilateralen Außenhandels voraussichtlich keine allzu große Wirkung. Allerdings könnte der Umgang mit diesem Konflikt ein Paradebeispiel für weitere Fälle werden.

Japanische Unternehmen, die von den hohen Strafzöllen betroffen sind, haben ihre Exporte nach China derzeit ausgesetzt. Dies trifft beispielsweise auf die Kyocera Corp. zu, die Komponenten für Mobilfunktelefone nach China liefert. Da Kyoceras Ausfuhren nach China lediglich einen Wert von rd. 10 Mrd. Yen im letzten Jahr ausmachten, erwartet das Unternehmen keine größeren Auswirkungen auf seine Gesamtausfuhren, deren Umfang in diesem Jahr auf 320 Mrd. Yen geschätzt wird.

Andere Unternehmen wie beispielsweise Toyota spüren die Handelsbeschränkungen weitaus stärker. Das Unternehmen lieferte im letzten Jahr rd. 110.000 Fahrzeuge nach China; Toyota hat auch in China eine eigene Produktionsstätte. Die meisten Aufträge für den Monat Juli wurden aufgrund der hohen Zölle von chinesischen Unternehmen ausgesetzt. Der Konzernchef Toyotas, Fujio Chao, rief Ende Juli die Regierungen beider Länder dazu auf, den Handelskonflikt beizulegen.

Mitte Juli schaltete sich Hiromu Nonaka von der herrschenden LDP (Liberal Democratic Party) in den Konflikt ein, in dem er die japanische Position kritisierte. Bis dahin hatten lediglich Unternehmen und Wissenschaftler die Entscheidung der Regierung in Frage gestellt. Die Vertreter der LDP dagegen, die sich sehr stark auf die japanischen Bauern stützten, hatten bisher keine Kritik geäußert.

Nissan Motor, ein anderer japanischer Kfz-Hersteller mit einem französischen Anteil von Renault in Höhe von 36,8%, kündigte den Aufbau von Produktionskapazitäten auf dem Festland an. Das Unternehmen plant ein Joint Venture mit Dongfeng Automotive. Auf Nissan entfällt ein weiterer Anteil der Exporte japanischer Kfz nach China, die sich im letzten Jahr auf rd. 48.000 Einheiten belaufen haben. Die Produktion vor Ort ermöglicht nicht nur die Nutzung günstigerer Produktionskosten, sondern erlaubt auch eine Umgehung von Importrestriktionen, wie sie in diesem Fall verhängt wurden. (XNA, 5.7.01; FT, 5.7.01; AWSJ, 5., 12.7.01; BBC PF, 24.7.01) -schü-

18 Kampagne gegen Copyright-Verstöße

Im Rahmen einer neuen Kampagne gegen Copyright-Verstöße veröffentlichte das Ministerium für öffentliche Sicherheit Ende Juli einige Daten über besonders schwere Fälle. Hierzu zählte beispielsweise die Beschlagnahmung von 300.000 gefälschten Uhren, die den japanischen bzw. Schweizer Markennamen Seiko und Rolex trugen. Weiterhin wurden rd. 100.000 Filmpackungen mit dem Aufdruck Kodak und Fuji sowie gefälschte medizinische Produkte entdeckt, die den Markennamen eines britischen Herstellers trugen. Die Polizei soll außerdem eine Reihe von Personen verhaftet haben, die illegal Fahrzeuge zusammensetzten sowie nachgemachtes Saatgut und Zigaretten verkauften. (XNA, 25.7.01)

Unternehmen mit Auslandskapital haben die neue Kampagne der Regierung begrüßt. In einer Pressemitteilung wies das Komitee für den Schutz der Produktqualität, eine Unterorganisation der China Association of Enterprises with Foreign Investment (CAE-FI) darauf hin, dass sie an der weiteren Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Aufdeckung von Copyright-Verstößen sehr interessiert sei. Das Komitee hat im Kampf gegen gefälschte Produkte in den letzten Monaten Informationsseminare in verschiedenen Landesteilen abgehalten. Das Komitee, das im März 2000 gegründet worden ist, hat inzwischen 71 Mitgliedsunternehmen, darunter multinationale Unternehmen wie Coca Cola, Henkel, Daimler Chrysler und Toshiba. Joseph Johnson, Vorsitzender des Komitees, setzt auf den WTO-Beitritt und eine zukünftig noch engere Kooperation mit den chinesischen Stellen, die den Schutz geistigen Eigentums garantieren sollen. (XNA, 25.7.01)

Anfang Juli wurde auch der Fall eines chinesischen Unternehmens bekannt, dessen Produkt in Großbritannien in den Verdacht geriet, Leberkrebs verursachende Stoffe zu enthalten. Es handelt sich dabei um das Unternehmen Zhujiang Qiao (Perlfuss-Brücke), das eine bekannte Soße mit demselben Namen herstellt. Nach eingehender Untersuchung der verdächtigten Produkte stellte das Unternehmen fest, dass es sich bei den nach Großbritannien

exportierten Soßen um eine Produktfälschung handelte. (XNA, 4.7.01)

Bei Stichprobenuntersuchungen von alkoholischen Getränken und importierten Spirituosen in Beijing, Shanghai und Guangzhou musste die zuständige Behörde, das State Bureau of Quality and Technical Supervision, feststellen, dass der überwiegende Teil aus Produktfälschungen bestand. In Beijing wurde sogar festgestellt, dass zwei Drittel der dort in Geschäften und Restaurants verkauften Alkoholika Fälschungen waren und dass sich ihre Qualität inzwischen so verbessert hatte, dass sie nicht entdeckt worden waren. Zu den Marken, die am häufigsten kopiert wurden, zählte der bekannte Alkohol aus fünf Getreidesorten „Wuliangye“, der in der Provinz Sichuan hergestellt wird, sowie der französische Kognak Hessnessy XO Cognac. („Bootleg booze floods market as counterfeiting skills improve“, 20.3.01; <http://www.chinaonline.com/topstories/010320/1/C01031602.asp>)

Japanische Unternehmen haben in den letzten Jahren ebenfalls große Probleme mit Produktfälschungen gehabt. So mussten die Hersteller von japanischen Motorrädern, vor allem Yamaha, Honda und Suzuki, feststellen, dass ihre Produkte in großem Stil kopiert wurden. Von den 11 Millionen in China im Jahre 1999 verkauften Motorrädern, gelten nach Einschätzung der Japan Automobile Manufactures Association rd. sieben Millionen als Kopien japanischer Modelle.

Da sich die Qualität der Kopien ständig verbessere, sei es immer schwieriger, Kopien nachzuweisen. Die Schwierigkeit, gegen Produktfälschungen vorzugehen, könnte die Entscheidung Hondas erklären, ein Joint Venture mit dem chinesischen Unternehmen Hainan Sundiro Motorcycle einzugehen, dessen Shanghai Niederlassungen in der Vergangenheit Kopien von Honda hergestellt hatte. (AWSJ, 25.7.01)

Mit dem WTO-Beitritt wird ein stärkerer Schutz von Patenten notwendig werden. Das neue Patentgesetz, das Anfang Juli in Kraft treten wird, stellt bereits eine weitgehende Anpassung an internationale Standards dar. Die Zahl der Patentanträge lag im letzten Jahr bei rd. 170.000, nur 8,7%

davon entfielen auf Patentanmeldungen von Ausländern. Während sich der überwiegende Teil der Patentanmeldungen chinesischer Antragssteller auf Gebrauchsmodelle und Design beschränkte, entfielen 52% der Patentanmeldungen bei Neuentwicklungen auf ausländische Unternehmen. (NfA, 16.7.01) -schü-

19 Entwicklung der ADI im 1. Halbjahr

Der Zustrom von Auslandskapital fiel in den ersten sechs Monaten höher als erwartet aus. Daten des Statistikamtes zufolge lag das Volumen der vertraglich zugesagten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) im 1. Halbjahr bei 33,41 Mrd. US\$, ein Anstieg um 38,2% gegenüber der Vorjahresperiode. Insgesamt wurden 11.973 Investitionsprojekte mit ausländischem Kapital genehmigt, 18,5% mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Der Umfang der realisierten ADI betrug 20,691 Mrd. US\$, dies war eine Zunahme um 20,5%. (XNA, 18.7.01)

Die kumulierte Zahl der Unternehmen mit Auslandskapital in China bis Ende Juni d.J. belief sich nach MOFTEC-Angaben auf 376.300. Das Gesamtvolumen der vertraglich zugesagten ADI lag bei 710,1 Mrd. US\$, das realisierte Volumen bei 369,3 Mrd. US\$. (XNA, 14.7.01)

In einer Ansprache auf einer Nationalen Konferenz zur Nutzung von ADI Anfang Juli d.J. forderte Jiang Zemin dazu auf, die Chancen des globalen wirtschaftlichen Wandels zu nutzen und ausländische Investitionen in verschiedenen Formen ins Land zu holen. Auslandsinvestitionen sollten eng mit der wirtschaftlichen Restrukturierung in China verbunden sein. Dabei sollten Anstrengungen unternommen werden, ausländische Unternehmen, insbesondere multinationale Unternehmen, in die Restrukturierung und Reform der staatseigenen Unternehmen einzubeziehen. Jiang kündigte u.a. an, dass mehr Sektoren für Auslandsinvestitionen offen stehen und Anreize für ADI in den Regionen Zentral- und Westchina gegeben werden. Investitionen aus Taiwan seien willkommen, da hierdurch die Beziehungen verbessert würden. (XNA, 4.7.01)

Zu den neuen Sektoren, die für Auslandsunternehmen schrittweise geöffnet werden, zählt der Großhandel. Ein Beispiel ist das neue Joint Venture im Großhandel zwischen dem Kaufhaus No. 1 in Shanghai und dem japanischen Unternehmen Marubeni Corp. Das neue Unternehmen, das zunächst den Namen Baihong Commercial Trading Co. trägt, wird damit das erste sino-ausländische Großhandels-Joint-Venture in China sein.

Rechtliche Basis für das Joint Venture sind die Bestimmungen „Measures to Experiment With Foreign-Invested Commercial Enterprises“ von Juni 1999. Nach Angaben eines Sprechers von Marubeni in Beijing, wird die chinesische Seite einen Anteil von 51% am Unternehmen halten, während Marubeni die restlichen 49% besitzen wird. Das gesamte Volumen der Investitionen wird mit 80 Mio. Yuan (9,66 Mio. US\$) angegeben. Marubeni zählt zu den großen ausländischen Investoren, die inzwischen 130 Unternehmen gegründet und rund 3,5 Mrd. US\$ Kapital nach China getragen haben. (XNA, 20.7.01; „Wholesale industry gets go-ahead to receive foreign investment“, 10.7.01, http://www.chinaonline.com/issues/econ_news/newsarchive/secure/2001/july/C01070512.asp)

Im Einzelhandelssektor zählt das französische Unternehmen Carrefour zu den größten ausländischen Investoren, das bereits 23 Supermärkte in 14 Städten betreibt (XNA, 27.7.01; nach Angaben der FT, 24.7.01 hat das Unternehmen 27 Supermärkte gegründet). Carrefour plant nun die Gründung eines Beschaffungs- und Distributionscenters in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen.

Ob Carrefour seine Expansionspläne fortsetzen kann, die beispielsweise auch die Gründung von 10 zusätzlichen Supermärkten umfasst, ist noch fraglich. So hatte das Unternehmen unter Umgehung der zentralstaatlichen Vorschriften, beschränkt auf die Genehmigung von Lokalregierungen, seine Supermärkte aufgebaut. Jetzt muss es im Nachhinein bei der State Economic and Trade Commission (SETC) Anträge auf Zulassung stellen. Die US-Supermarktkette Wal-Mart dagegen, der größte Konkurrent Carreffours, hat sich bisher an die Regeln gehalten und kann nun neben

seinen bereits bestehenden 12 Supermärkten eine Reihe neuer Geschäfte mit Genehmigung der SETC gründen. (FT, 24.7.01) -schü-

20 Russisch-chinesischer Freundschaftsvertrag soll auch wirtschaftliche Kooperation stärken

Mitte Juli wurde von den Staatspräsidenten Jiang Zemin und Vladimir Putin in Moskau ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter stärken soll. (Vgl. auch Ü 1 in diesem Heft) Auch die wirtschaftliche Kooperation soll weiter ausgebaut werden. Während der Gespräche wies Putin auf die hohen Zuwachsraten von über 40% im beidseitigen Handel im letzten Jahr und voraussichtlich auch in diesem Jahr hin. Russland, so Putin, sei sehr daran interessiert, das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beispielsweise im Hightech-Bereich, im Maschinen- und Flugzeugbau, in der Chemie- und Energieindustrie sowie in der Raumfahrt zu nutzen. (BBC PF, 16., 17.7.01)

Während des Besuchs von Staatspräsident Jiang Zemin in Moskau wurde auch eine Vereinbarung über die Erstellung einer Feasibility Studie für den Bau einer Erdölpipeline zwischen Russland und China abgeschlossen. Vorgesehen ist die Lieferung von russischem Erdöl nach China für einen Zeitraum von 25 Jahren. Beginnend mit dem Jahr 2005 soll Russland mit der Lieferung von 20 Mio. t Erdöl pro Jahr an China beginnen; ab dem Jahr 2010 soll die Lieferung auf 30 Mio. t pro Jahr aufgestockt werden. (BBC EF, 17.7.01; IHT, 18.7.01)

Weiterhin wurde die Lieferung von einer Reihe von russischen Flugzeugen des Typs Tupolev (TU-204) vereinbart, die vergleichbar mit den Boeings 757 sind. Demnächst sollen die ersten zehn dieser Flugzeuge gekauft werden; auch die Beteiligung an russischen zivilen Luftfahrtunternehmen ist vorgesehen. (BBC PF, 17.7.01; AWSJ, 11.7.01)

In den ersten fünf Monaten d.J. nahm der bilaterale Außenhandel um 43,4% auf 3,79 Mrd. US\$ zu. Der überwiegende Teil, nämlich 2,9 Mrd. sind Importe Chinas, die in diesem Zeitraum

um 51,2% zugenommen haben. Beide Länder haben auch ausländische Investitionen im Partnerland durchgeführt. So hat das MOFTEC 438 chinesischen Unternehmen die Genehmigung erteilt, in Russland Unternehmen zu gründen. Das beidseitige Investitionsvolumen belief sich auf 251 Mio. US\$, der chinesische Anteil machte 155 Mio. US\$ aus. Die Zahl der mit russischem Kapital in China gegründeten Unternehmen beträgt 1.160, das Investitionsvolumen 231 Mio. US\$. (XNA, 16.7.01)

Der Abschluss eines Freundschaftsvertrages war bereits Ende April angekündigt worden. Dieser Vertrag spiegelt den Wandel in der Außenpolitik beider Länder wider und gilt als Reaktion auf die Spannungen, die im Außenverhältnis beider Länder mit den USA bestehen. Die militärische Zusammenarbeit nimmt dementsprechend einen zentralen Platz innerhalb der neu gestalteten Beziehungen ein. („Friendship treaty' planned with Russia“, http://www.chinaonline.com/issues/econ_news/NewsArchive/secure/2001/April/C01043051.asp) -schü-

21 China erlässt Schulden für einige afrikanische Länder

Im letzten Jahr hatte China zugesagt, afrikanischen Ländern innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren Schulden in Höhe von 10 Mrd. Yuan (1,2 Mrd. US\$) zu erlassen. Ziel ist es, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder dadurch zu unterstützen. Dies soll Qiao Zonghuai, Leiter der Delegation beim Economic and Social Council der UN, auch durch eine Verbesserung des Umfangs der Entwicklungshilfe Chinas an afrikanische Länder und Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Hilfe erfolgen. Qiao kündigte außerdem die Bildung eines Fonds für die Entwicklung von Humanressourcen in Afrika an, über den Ausbildungsangebote laufen sollen. (XNA, 19.7.01)

Vereinbarungen über Schuldenreduzierungen fanden bereits zwischen einigen afrikanischen Ländern und China Mitte Juli d.J. statt. Mit Tansania wurde beispielsweise ein Abkommen über den Erlass von 15 zinsfreien Krediten unterzeichnet, die Ende 1999

fällig gewesen waren, mit einem Volumen von 289,208 Mio. Yuan (19,2 Mio. US\$) sowie 1,275 Mio. Pfund Sterling. Der Schuldenerlass betrifft ein Drittel der gesamten Schulden Tansanias gegenüber China. Tansania ist das wichtigste Zielland für chinesische Entwicklungshilfe in Afrika.

Weiterhin hat sich die chinesische Regierung bereit erklärt, einen neuen Kredit mit einem Volumen von 35,82 Mio. Yuan an Tansania zu vergeben. Neben Krediten hat China an Tansania nicht zurückzahlbare Entwicklungshilfe im Rahmen der technischen Zusammenarbeit für den Bau einer Wasseraufbereitungsstation mit einem Volumen von 30 Mio. Yuan im Juli d.J. zugesagt. (XNA, 19.7.01)

Auch mit Kenia hat es eine Vereinbarung über einen Schuldenerlass gegeben. Diese betrifft einen Betrag in Höhe von 113 Mio. Yuan (13,66 Mio. US\$), ein Anteil von 55% der gesamten Schulden gegenüber China. Kenia war Mitte Juli das Ziel einer Reise einer chinesischen Delegation, die zuvor die Länder Mauritius, Mozambique und Zimbabwe besucht hatte. Während der Reise in Kenia wurden ebenfalls Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit abgeschlossen. Im Rahmen dieses Abkommens wird die chinesische Seite Kenia einen zinsfreien Kredit in Höhe von 50 Mio. Yuan (6,05 Mio. US\$) mit einer Laufzeit von fünf Jahren bereitstellen. Der Kredit soll für ein Straßenbauprojekt in Westkenia verwendet werden.

Kenia ist für China der drittwichtigste Handelspartner in Afrika (24 südliche und östliche afrikanische Länder). Das bilaterale Handelsvolumen ist zwar noch auf einem geringen Niveau, aber von 26 Mio. im Jahre 1991 auf 136 Mio. im letzten Jahr angestiegen. 44 chinesische Unternehmen sind in Kenia zu finden, von denen 12 chinesisch-kenianische Joint Venture sind. (XNA, 18.7.01)

Gegenüber Sambia wurden ebenfalls Schulden erlassen, und zwar in einer Höhe von 30 Mio. US\$. Gleichzeitig sagte die chinesische Regierung Sambia technische Hilfe mit einem Volumen von 2,5 Mio. US\$ Ende Juli d.J. zu. Auch nach Sambia reiste eine chinesische Delegation, um Investitions-

möglichkeiten zu erkunden. (BBC EF, 24.7.01)

Seit dem chinesisch-afrikanischen Kooperationsforum im letzten Jahr hat die chinesische Regierung einen Fonds eingerichtet, aus dem Unternehmen unterstützt werden, die in Afrika investieren. (XNA, 18.7.01) Neben neuen Absatzmärkten für chinesische Konsumgüter sind Rohstofferschließung sowie die Produktion vor Ort für Unternehmen aus China von Interesse. In afrikanischen Ländern hergestellte bzw. weiterverarbeitete Produkte könnten dann mit weniger Restriktionen auf den europäischen Markt gelangen. -schü-

Binnenwirtschaft

22 Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2001

Chinas Wirtschaftswachstum zeigte sich auch im 1. Halbjahr trotz vielfältiger nationaler und internationaler Herausforderungen sehr robust. Während der Außenhandel im 1. Halbjahr rückläufig war und sein Beitrag zum Wirtschaftswachstum zurückging, wurde das Wachstum vor allem durch die Ausweitung der staatlichen Investitionen gestützt. Durch die anleihefinanzierten Investitionen aus dem Staatshaushalt wurden vor allem Infrastrukturprojekte gebaut, die nicht nur das Wachstum stärken, sondern gleichzeitig die regionalen Unterschiede zwischen Zentral- und Westregionen Chinas ausgleichen sollen. Gleichzeitig wurde der private Konsum weiter unterstützt. Hierfür wurden beispielsweise im Staatsektor Feiertage durch zusätzliche Urlaubstage verlängert, die Einkommen im öffentlichen Dienst angehoben und die Bedingungen für Konsumentenkredite für den Kauf von Kfz und Wohnungen geschaffen.

Zu den Problemen in den ersten sechs Monaten d.J. zählte Ye Zhen, Sprecher des Staatlichen Statistikamtes, auf einer Pressekonferenz im Juli den Rückgang des globalen Wachstums sowie eine schwerwiegende Dürre in einigen Regionen des Landes. Die Aufrechterhaltung eines hohen Wachs-

tumstempos sei nicht einfach gewesen. Dass dies trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gelungen sei, beweise, dass die von der Regierung verfolgte Wirtschaftspolitik richtig und effektiv sei.

Aufgrund der schwierigen globalen Rahmenbedingungen geht Ye Zhen zwar davon aus, dass eine Verlangsamung des Wachstumstempos im 2. Halbjahr eintreten könnte. Allerdings erwartet er, dass im 1. Halbjahr Maßnahmen zur Förderung der Inlandsnachfrage den Ausfall der externen Nachfrage kompensieren könnten. Insgesamt könnte die am Anfang des Jahres auf 7% festgelegte Wachstumsrate erreicht werden oder sogar noch höher ausfallen, solange sich die globale Wirtschaftsentwicklung nicht weiter verschlechtere, die Wetterbedingungen im Wesentlichen normal blieben und die Politik der gesamtwirtschaftlichen Regulierung und Kontrolle gut umgesetzt werde.

Der Zuschlag für China als Austragungsort der Olympischen Spiele des Jahres 2008 wird sich Ye Zhen zufolge auch positiv auf das Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre auswirken. Da mit höheren Investitionen und einer Ausweitung des Tourismus auf die ärmeren westlichen Regionen zu rechnen ist, erwartet Ye Zhen eine zusätzliche Erhöhung des BIP-Wachstums um jährlich 0,3-0,4%.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM:

Im 2. Quartal d.J. stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 7,8%, etwas niedriger als das Wachstum im 1. Quartal von 8,1%. In den gesamten sechs Monaten d.J. nahm das BIP im Vergleich zur Vorjahresperiode um 7,9% zu. Der BIP-Wert im 1. Halbjahr betrug 4.294 Mrd. Yuan (519 Mrd. US\$).

LANDWIRTSCHAFT:

Die landwirtschaftliche Wertschöpfung erhöhte sich im 1. Halbjahr um lediglich 2,4%. Diese Entwicklung ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Sommergetreideernte nicht sehr gut ausfiel. Dies wird auf eine Reduzierung der Getreideanbauflächen durch die Bauern und auf die schwierigen klimatischen Bedingungen zurückgeführt. Im Vergleich zur Sommergetreideernte des Vorjahres lag der Output in diesem Jahr um 4,91 Mio. t nied-

riger. Das Gesamtvolumen der Getreideernte betrug 101,88 Mio. t.

INDUSTRIE:

Die industrielle Wertschöpfung nahm um 9,7% (2.355,1 Mrd. Yuan) gegenüber der Vorjahresperiode zu. Das Wachstumstempo der Schwerindustrie lag mit 12,7% um 3,5% höher als das der Leichtindustrie, das 9,2% ausmachte. Vier Industriezweige trugen mit 41,5% am stärksten zum industriellen Wachstum bei, und zwar die Industrie für Telekommunikationsausrüstung, für elektrische Maschinen und Ausrüstungen, für Kommunikations- und Transportausrüstungen und die metallurgische Industrie. Obwohl staatseigene Unternehmen einen Zuwachs von 9,5% aufwiesen, entfiel auf die Unternehmen mit Auslandskapital aufgrund ihres weitaus höheren Wachstums der Hauptanteil des Zuwachses der industriellen Wertschöpfung. Nach einer Phase der Restrukturierung hat sich das Wachstum auch in den ländlichen Unternehmen, vor allem in der Küstenregion, wieder stärker beschleunigt.

Die Gewinne der Industriebetriebe lagen in den ersten fünf Monaten d.J. um 30,4% höher als in der Vorjahresperiode.

ENTWICKLUNG DES TERTIÄREN SEKTORS:

Die Wertschöpfung des Tertiärsektors stieg im 1. Halbjahr gegenüber der Vergleichsperiode um 7%.

INVESTITIONEN:

Das Bemühen der Regierung, das Wachstum nicht einbrechen zu lassen, spiegelt sich in dem relativ starken Anstieg der Anlageinvestitionen wider. Diese nahmen um 15,1% im 1. Halbjahr zu und lagen damit um 4,1 Prozentpunkte höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das Volumen der Anlageinvestitionen betrug 1.189,9 Mrd. Yuan.

Während die Investitionen des Staatssektors um 17,9% (892,8 Mrd. Yuan) zunahmen, stiegen die Investitionen des Privatsektors um lediglich 6,5% (158,8 Mrd. Yuan) und lagen damit 2,1 Prozentpunkte niedriger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Kollektiveigene Unternehmen investierten 138,3 Mrd. Yuan, eine Zunahme um